



economiesuisse

KOSA-Initiative

Schädlich für Wirtschaft und Staat

6. Juni 2006

Nummer 21

7. Jahrgang

dossierpolitik

economiesuisse
Hegibachstrasse 47
Postfach CH-8032 Zürich
Telefon +41 44 421 35 35
Telefax +41 44 421 34 34

www.economiesuisse.ch
Verband der Schweizer Unternehmen
Fédération des entreprises suisses
Federazione delle imprese svizzere
Swiss Business Federation

Die KOSA-Initiative – ein ordnungspolitischer Sündenfall

Das Wichtigste in Kürze

Die Initiative „Nationalbankgewinne für die AHV“ kommt am 24. September dieses Jahres zur Abstimmung. Das Ziel der Initianten („Komitee sichere AHV“, kurz: „KOSA“) ist die Sicherstellung der AHV-Finanzierung. Erreicht werden soll dies mit einem neuen Verteilschlüssel der allfälligen jährlichen Nationalbankgewinne. Bislang erhielten die Kantone davon zwei Drittel und der Bund einen Drittel. Neu sollen allfällige Nationalbankgewinne in den AHV-Fonds fliessen, vorbehältlich 1 Milliarde Franken für die Kantone. Bundesrat, Wirtschaft, die Nationalbank, die Kantone sowie eine deutliche Mehrheit der National- und Ständeräte sind gegen die Initiative. Hinter dem vom Parlament ausgearbeiteten Gegenvorschlag stehen alle Bundesratsparteien.

Position von economiesuisse

economiesuisse lehnt die KOSA-Initiative ab. Gewichtige Gründe sprechen klar gegen das linke Begehren. Die Initiative verknüpft Geld- und Sozialpolitik. Sie ist ein ordnungspolitischer Sündenfall. Sie tangiert damit die politische Unabhängigkeit der Nationalbank, was die Stabilität des Schweizer Frankens gefährdet. Deswegen steht auch der schweizerische Zinsbonus auf dem Spiel. Beim neuen Verteilschlüssel der Gewinne würde der Bund leer ausgehen und die Kantone weniger Geld als bisher erhalten. Dies brächte Einbussen in wichtigen Bereichen der öffentlichen Hand mit sich, ohne dass im Gegenzug die Steuerlast reduziert würde. Darüber hinaus stellen die Gewinne der Nationalbank keinen verlässlichen und nachhaltigen Beitrag zur Finanzierung dar: Sie schwanken jedes Jahr, und es können auch einmal Verluste resultieren. Demgegenüber stellt der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments eine vernünftige Lösung dar.

Am 24. September befindet der Schweizer Souverän an der Urne über die Volksinitiative „Nationalbankgewinne für die AHV“. Damit entscheidet das Schweizervolk über die Unabhängigkeit unserer Nationalbank, die Stabilität des Schweizer Frankens, über einschneidende Budgeteinbussen bei Bund und Kantonen und über die Zukunft von wirklich nachhaltigen Reformen der AHV.

Um was geht es?

Die Volksinitiative „Nationalbankgewinne für die AHV“ wurde vom „Komitee sichere AHV“ („KOSA“) am 9. Juni 2002 eingereicht. Die Gruppe aus gewerkschaftsnahen und linken Kreisen sammelte 116 000 Unterschriften. Erklärtes Ziel der Initianten ist die Sicherstellung der AHV-Finanzierung. Dazu sollen die jährlichen Gewinne der Nationalbank neu verteilt werden. Dieser Verteilschlüssel

sieht im Moment wie folgt aus: Die Gewinne gehen zu einem Drittel an den Bund und zu zwei Dritteln an die Kantone. Von den bis 2012 jährlich 2,5 Milliarden Franken ausgeschütteten Gewinnen (inkl. Abbau der Ausschüttungsreserven) gehen heute 833 Millionen Franken an den Bund und 1,667 Milliarden Franken an die Kantone.

Die Kreise hinter der KOSA-Initiative möchten diesen bewährten Schlüssel nun zugunsten des AHV-Fonds ändern. Würde die Initiative angenommen, gingen neu allfällige Gewinne der Nationalbank direkt an den AHV-Fonds – abzüglich 1 Milliarde Franken, welche für die Kantone bestimmt sind. Im obigen Rechenbeispiel würde der Bund nichts mehr erhalten (Verlust von 833 Millionen Franken), die Kantone 667 Millionen Franken weniger. Bei einem längerfristigen Durchschnittsgewinn der Nationalbank von 1 Milliarde Franken würde selbst der AHV-Fonds leer ausgehen.

Der indirekte Gegenvorschlag

Selbstverständlich ist niemand gegen eine sichere und nachhaltige Finanzierung der AHV. Doch dieses hehre Ziel vermag die Initiative nicht zu erreichen. Nachhaltig wäre einzig der Schaden bei Bund, Kantonen, Nationalbank und letztlich am Wirtschaftsstandort Schweiz. Deshalb empfiehlt das Bundesparlament ein Nein. Die KOSA-Initiative wurde in der Wintersession 2005 im Nationalrat mit 124 zu 62 und im Ständerat mit 36 zu 7 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Damit die AHV bei einer Ablehnung der Initiative nicht leer ausgeht, haben die vier Bundesratsparteien CVP, FDP, SP und SVP einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet. Dieser wurde im Nationalrat mit 182 zu 6 bei einer Enthaltung und im Ständerat sogar mit 45 zu 0 Stimmen gutgeheissen. Der Gegenvorschlag bezieht sich nicht auf zukünftige Nationalbankgewinne. Er bringt vielmehr die bereits angefallenen Erlöse aus den überschüssigen Goldreserven ins Spiel. Konkret geht es um den Anteil des Bundes aus diesen Verkaufserlösen – um 7 Milliarden Franken. Diese 7 Milliarden fliessen bei einer Ablehnung der Initiative vorbehaltlos in den AHV-Fonds. CVP, FDP und SVP sind sich dahingehend einig, dass die 7 Milliarden Franken tatsächlich der AHV zugute kommen (und nicht der IV, die aus dem gleichen Fonds gespeist wird).

Die Initiative und der Gegenvorschlag gehen von völlig unterschiedlichen Prämissen aus: Die KOSA-Initiative rechnet mit jährlichen, stabilen Gewinnen der Nationalbank und möchte diese direkt dem AHV-Fonds zukommen lassen. Weil diese Gewinne aber schwanken können – und es in der Vergangenheit auch Verluste gegeben hat – wurde ein sinnvoller Gegenvorschlag entwickelt: 7 Milliarden Franken für den AHV-Fonds. Im Gegensatz zukünftiger Nationalbankgewinne sind diese 7 Milliarden aus den Erlösen der Goldreservenverkäufe garantiert vorhanden und werden auch garantiert in den AHV-Fonds fliessen – vorausgesetzt, die KOSA-Initiative wird abgelehnt. Damit bliebe die politische Unabhängigkeit der Nationalbank und somit die Geldwertstabilität gewährt. Und Bund und Kantone erhielten weiterhin ihren jährlichen wichtigen Zustupf aus den Kassen der Nationalbank.

Deshalb lehnt economiesuisse die Initiative ab

economiesuisse lehnt die KOSA-Initiative ab, genau wie Bundesrat, Parlament, Nationalbank und Kantone. Gleichzeitig wird der beschriebene, indirekte Gegenvorschlag unterstützt. Und zwar aus den folgenden drei Gründen:

Gefährdete Währungsstabilität

Die Nationalbank hat seit bald 100 Jahren die Aufgabe, für Preisstabilität zu sorgen und Inflationstendenzen zu verhindern. Sie geniesst in der Öffentlichkeit ein hohes Ansehen. Dies hat sie unter anderem ihrer Unabhängigkeit zu verdanken, welche in der Bundesverfassung festgeschrieben ist. Die KOSA-Initiative spricht der Nationalbank aber genau diese Unabhängigkeit ab, weil bei einer Annahme über die Verwendung der Gewinne zweckgebunden bestimmt würde. Die Nationalbank stünde unter einem erheblichen politischen Druck, einen möglichst hohen Betrag für die AHV zu erwirtschaften. Hierfür müssten unsere Währungshüter ihr primäres Ziel eines stabilen Schweizer Frankens zugunsten einer höheren Gewinnausschüttung aufgeben. Gerade wegen der Geldwertstabilität ist den meisten Industrieländern die Unabhängigkeit ihrer Nationalbanken ein zentrales Anliegen – es würde der Schweiz deshalb schlecht bekommen, dieser Auffassung nicht mehr entsprechen zu wollen. Dies würde auch die weltweit geschätzte Stabilität des Schweizer Frankens in Gefahr bringen. Die Initiative ist ein ordnungspolitischer Sündenfall. Geld- und Sozialpolitik dürfen nicht vermischt werden. Deshalb spricht sich auch die Nationalbank selbst klar gegen die Initiative aus.

„Nachhaltig wäre einzig der Schaden bei Bund, Kantonen, Nationalbank und letztlich am Wirtschaftsstandort Schweiz.“

Weniger Einnahmen für Bund und Kantone

Eine Annahme der KOSA-Initiative würde für die Kantone massive Mindereinnahmen bedeuten. Dieses Geld würde dann nicht mehr für Bildung, Sicherheit, Gesundheitswesen oder öffentlichen Verkehr zur Verfügung stehen. Um diese Mindereinnahmen auszugleichen, wären in den Kantonen Steuererhöhungen und/oder noch drastischere Sparkurse wohl unumgänglich.

Der Bund würde sogar vollständig leer ausgehen. Dies könnte notwendige und bereits geplante Steuersenkungen (Unternehmenssteuerreform, Ehepaarbesteuerung) gefährden oder spürbare Leistungseinbussen für alle mit sich bringen. Die Initiative würde die sich bereits jetzt abzeichnenden Defizite der kommenden Jahre vergrössern. Selbst wenn auf der Ausgabenseite ein entsprechender Ausgleich erreicht würde, könnten die Unternehmen nicht von einer Verminderung der Steuerlast in derselben Höhe profitieren.

Keine nachhaltige Finanzierung

Die langfristige Finanzierung der AHV kann durch die Gewinne der Nationalbank nicht sichergestellt werden. Im Gegenteil – sie wird auf höchst unsichere Füsse gestellt.

Viele würden die AHV in trügerischer Sicherheit wägen und notwendige Reformen zur nachhaltigen Sicherung des Sozialwerks aufschieben. Denn die Initianten rechnen damit, dass die Nationalbank jedes Jahr verlässlich Gewinne von mehreren Milliarden erzielen kann. Dem ist aber nicht so. Die Gewinne schwanken, und es können auch Verluste anfallen. Dann würde für die AHV nichts mehr übrig bleiben. Es ist deshalb verantwortungslos, die AHV von schwankenden und unsicheren Zahlungen abhängig zu machen.

Falsche Erwartungen

Die Initianten überschätzen das Ausschüttungspotenzial der Nationalbank und schüren damit falsche Hoffnungen. Experten berechnen das zu erwartende Ertragspotenzial in den nächsten Jahren nämlich auf jeweils rund 1,7 bis 2,5 Milliarden Franken. Abzüglich der Betriebskosten von 250 Millionen Franken und der Rückstellungen für Währungsreserven in Höhe von 1 Milliarde würde noch ein Gewinn von rund 1 Milliarde Franken übrig bleiben. Dieser würde gemäss dem Verteilschlüssel der KOSA-Initiative aber vollumfänglich den Kantonen zukommen. Die AHV würde leer ausgehen. Es wäre falsch, von dem aussergewöhnlich hohen Gewinn im letzten Jahr auszugehen und solche Beträge jedes Jahr zu erwarten.

Kommentar

Die KOSA-Initiative stellt lediglich eine Scheinlösung linker Kreise zur vermeintlichen Sicherstellung der AHV-Finanzierung dar. Die Lancierung der Initiative zielt darauf ab, die Leistungen der AHV auszubauen, obwohl ein solcher Ausbau nicht finanzierbar ist. Die gewünschte langfristige Lösung bietet sie nicht. Weitere notwendige AHV-Reformen würden nicht verhindert, sondern wohl lediglich aufgeschoben und erschwert. Dies dient weder dem wichtigen Sozialwerk AHV noch dessen solider Finanzierung. Die KOSA-Initiative ist eine reine Umverteilungsübung. Es steht kein Franken mehr zur Verfügung. Was dem AHV-Fonds zugute käme, würde bei Bund und Kantonen zusätzliche Löcher aufreissen. Vor allem aber die für die Unternehmen wichtige Stabilität des Schweizer Frankens ist bei einer Annahme der Initiative akut gefährdet. Der voraussehbare Zinsanstieg würde die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts mindern. Das linke Volksbegehren ist ein ordnungspolitischer Sündenfall mit weit reichenden Folgen. Die KOSA-Initiative ist deshalb abzulehnen.

Rückfragen:

regina.hunziker@economiesuisse.ch
sascha.dubach@economiesuisse.ch

www.economiesuisse.ch